

# Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig

Das Volksblatt für Stadt und Land

Belegnummer 10 Goldpig

erschint wochentlich. Der Bezugspreis beträgt für die Zeit vom 1.-16. August 0,90 Goldmark. - Einzelverkaufpreis 10 Goldpfennig. Die 10-pfennige Wilmmerzeile 0,10 Goldmark. Stellengelder und Angebote 0,08 Goldmark. Finanz- und

Redaktions-Vertraut  
Deutchen 459

Pro fide  
et patria

Geschäftsstellen-Vertraut  
Deutchen 458

amtliche Anzeigen 0,20 Goldmark. Reklamengeld 0,40 Goldmark. Sonstige Aufträge werden nur zum Tagespreis berechnet. Redaktion und Geschäftsstelle Deutchen O.-S., Bielefelderstraße 9

## Ein Brief des Reichskanzlers an Herriot.

Vor der Auflösung der Micum. - Offenburg und Appenweier geräumt.

### Neueste Nachrichten.

Nach einer Meldung aus Washington hat Präsident Coolidge die feste Absicht, so schnell wie möglich eine Konferenz für die allgemeine Abschaffung einzuberufen.

Die Schweizer Regierung hat den kommunistischen deutschen Reichstagsabgeordneten Thomas und den französischen Kommunisten Silber, welche sie in der vergangenen Woche wegen kommunistischer Propaganda verhaftet, ausgewiesen und nach der deutschen bzw. französischen Grenze abtransportieren lassen.

Am Dienstag vormittag 10 Uhr findet in Berlin eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder statt, die sich mit dem Ergebnis von London befassen wird.

Gestern vormittag tagte der sozialdemokratische Parteitag Groß-Berlin. Die Anzahl der Mitglieder des Bezirksverbandes Groß-Berlin der SPD, die am 1. April 1923 47.189 betrug ist bis zum 1. April 1924 auf 34.347 zurückgegangen.

König Albert von Belgien ist gestern nach Italien abgereist.

### Zur Deutschlandreise des neuen mexikanischen Präsidenten Calles.

Der Präsident von Mexiko, Plutarco Calles, kommt nach Deutschland, um seinen bevorstehenden privaten wie öffentlichen Einrichtungen kennen zu lernen. Er wird am 19. August mit dem Dampfer



"Deutschland" in Hamburg eintreffen und offiziell durch Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Hamburger Senates, durch den mexikanischen Botschafter in Christiania und Stockholm, sowie durch Vertreter des mexikanischen Generalkonsulates Hamburg und des Konsulates der Hamburg-Amerika-Linie empfangen werden. Daran schließt sich eine Begrüßungsfeier des Oberamerikanischen Instituts und der Deutsch-mexikanischen Vereinigung.

### Vor der Auflösung der Micum.

Düsseldorf, 19. August. (T. U.) In Kreisen französischer Ingenieure verläutet, daß bei planmäßiger Entladung der Dinge die Micum in ihrer jetzigen Form zum 1. Oktober 1924 aufgelöst werde. Die zur Zeit bestehenden Hauptabteilungen würden dann bis zur endgültigen Auflösung nach erheblichem Personalabbau noch verändert, etwa als Liquidationsausgänge, weiter bestehen.

### Reichstagsauflösung oder Volksentscheid.

Berlin, 19. August. Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Parteiführern dauerten den ganzen Nachmittag an und wurden auch in den späten Abendstunden noch fortgesetzt. Von Seiten der Reichsregierung nahmen sämtliche an der Delegation beteiligten Mitglieder an diesen Besprechungen teil. In den Kreisen der Regierung rechnet man damit, daß der Reichstag, wenn die Frist für die rechtzeitige Zustellung der Gesetzentwürfe vom Reichsrat eingehalten werden kann, am Freitag aufzutreten kann, um die Erklärungen der Reichsregierung entgegenzunehmen.

### Parteiführerbesprechung.

Berlin, 19. August. Bei der Besprechung der Regierung mit den Parteiführern waren zugegen: Dr. H. B. C. Gellens, Herrg., Professor Höpff, Dr. W. B. Professor Weder, Dr. Curtius, Dr. W. P. Licht, Wirtschaftspartei Dr. Dreht, Demokraten Geleens, Koch, Reichth, Zentrum Dr. Spahn, Weder, Aensberg, Sozialdemokraten Weiz, Lobe, Dittmann Hilferding.

### Zusammentritt der Reichstagsfraktionen.

Berlin, 19. August. Die Fraktionen des Reichstages werden bereits in den nächsten

Tagen zusammentreten und zwar die D. V. P. am Dienstag nachmittag, die Deutschnationalen am Donnerstag nachmittag. Die Parteiführer haben selbstverständlich die Stellungnahme der Fraktionen gegenüber der Reichsregierung noch nicht festgelegt. Sie werden zunächst den Fraktionen Bericht erstaten und es wird dann zu relativ langweiligen Verhandlungen kommen. Die Regierung ist aber entschlossen, spätestens am Freitag mit den Verhandlungen im Reichstage zu beginnen. Sollten bis dahin die Gesetze und Sachverhalte unklar sein, so wird zunächst eine Regierungserklärung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

### Ein Schreiben des Reichskanzlers an Herriot.

London, 19. August. (T. U.) Marx hat dem französischen Ministerpräsidenten, als die Konferenz auseinanderging, einen Brief übergeben, der in englischen eingeweihten Kreisen viel besprochen wird. In diesem Briefe spricht Marx die Hoffnung aus, daß die deutsch-französische Annäherung, die endlich Tatsache geworden sei, nunmehr auch durch die Haltung der substantiellen Körperparteien (gemeint ist die Rheinlandkommission) im besten Geiste zum Ausdruck kommen müsse. Herriot erklärte, daß er alles tun werde, was in seiner Macht liege, um

diesen deutschen Wünschen nachzukommen. Dieser Brief an Herriot ist auf Drängen des bayerischen Vertreters in der deutschen Delegation überreicht worden. In englischen Kreisen ist man mit dem Gehabren der Rheinlandkommission überhaupt sehr unzufrieden. Ein Vorschlag geht dahin, daß auch in der Rheinlandkommission ein Amerikaner das ausschlaggebende Wort erhalten soll und daß es einen Appell an das Schiedsgericht geben müsse, soweit wichtige Fragen, namentlich betreffs der Souveränität oder der fiktionalen Rechte Deutschlands in Frage kommen.

### Die Franzosen verlassen Offenburg und Appenweier.

Offenburg, 19. August. (T. U.) Gestern vormittag 9 Uhr erließ der Kommandant des Britentropes Kehl, General Boquet, in Begleitung des französischen Verwaltungsdelegierten Ney bei den Spitzen der hiesigen Verwaltungsbehörden und eröffnete ihnen, daß die beiden Amtsbezirke Offenburg und Appenweier von den französischen Besatzungstruppen geräumt werden. Die genaue Angabe der Räumungszeit konnte noch nicht erfolgen. Die Räumung trat jedoch unverzüglich in Kraft. Das Kommando über den Abtransport der Truppen liegt in den Händen des Obersten Altmayer. Die Kommandos blieben bis gestern Mitternacht bzw. bis zum letzten Abtransport der Truppen am Platze, ebenfalls bis zu dieser Zeit die Wafensperre bestehen. Transportzüge zur Aufnahme der Truppen stehen bereit. Zwischen 6 und 7 Uhr sind die Franzosen nach 18monatiger Besatzung auf Kehl abgerückt.

### Ausgabe der Anleihe im Oktober.

New York, 19. August. Associated Press berichtet: Die internationalen Bankiers hätten erklärt, die Vorbereitung für die Zeichnung der deutschen Anleihe würden sofort beginnen. Die Ausgabe selbst könne indessen nicht vor Oktober erwartet werden. Die Anwesenheit der führenden amerikanischen Bankiers in Europa würde die Regelung der Anleihe beschleunigen. Vertreter dreier amerikanischer Banken und Trust-Kompagnien seien kürzlich nach Deutschland gefahren, um über die Anleihe zu verhandeln und die Beziehungen zu den deutschen Finanzinstituten wieder herzustellen. Herald und Tribune berichten: In Finanzkreisen glaube man, die Anleihe von Deutschland würde in den nächsten paar Jahren die Höhe von einer Milliarde Dollar erreichen.

Mercedes wird in anderen Kreisen erklärt, daß diese Summe viel zu hoch sei.

New York, 19. August. Word schreibt: Die Möglichkeit, mit der der Anleihemarkt 146 Millionen neues Sicherheitsbonds in der vergangenen Woche aufgenommen habe, zeigen, wie es leicht sein wird, die deutsche Anleihe ebenso unterzubringen.

### Neue Zusammenkunft Macdonald-Herriot Ende August.

Paris, 19. August. Nach einer Meldung des Londoner Berichterstatters des New York Herald wird Macdonald, der am 29. August nach Genf abgereist, sich zu einer Besprechung mit Herriot über die Sicherheitsfrage einen Tag lang in Paris aufhalten.

### Der Räumungskonflikt.

Von unserem Berliner Vertreter.

In der Räumungsfrage hat sich in London das eigenartige Bild ergeben, daß sowohl die Engländer wie die Amerikaner einen Druck auf die deutsche Delegation ausübten, der Fortsetzung Herriots nach einer noch einjährigen Besatzungsfrist für das Ruhrgebiet zuzustimmen. Sehr merkwürdig muß das um deswillen berühren, weil gerade England immer wieder die Ruhrbesetzung als rechtsmäßig gekennzeichnet hat, und weil die damalige englische Regierung durch ihre Rekonjunktur den Ruhrstreik als ein gegen Recht und Moral verstoßenden Gewaltakt vor aller Welt haben dokumentieren lassen. Und nun ist es Macdonalds, ein Spezialist für Arbeiterführer, der in Worten oft genug gegen die französische Gewaltpolitik sich gewandt hat und der jetzt die Fortführung dieser Gewaltpolitik durch die Tat unterstützt! Und Herriot, wiederum ein Sozialist, läßt sich von Leuchter, dem Anwalt der französischen Großindustrie ins Bockshorn fügen und sich dazu bestimmen, die poincaristische Pfänderpolitik, welche zu verfallen.

Wir müssen noch einmal die Rechtsfrage darlegen. Die Ruhrbesetzung erfolgte zur Sicherung der wirtschaftlichen Ausbeute. Die Besetzung war also eine Pfänderbesetzung. Dieses Pfand fällt weg, nachdem Deutschland bereit ist, das Dawes-Gutachten anzunehmen und die sich aus ihm ergebenden Pflichten zu tragen. Damit ist auch die wirtschaftliche Räumung selbstverständlich und die Zustimmung zu dieser Räumung ist ja auch von Frankreich schon gegeben worden. Wird aber die Ruhr wirtschaftlich geräumt, dann hat auch die militärische Besetzung nicht nur keinen Rechtstitel, sondern auch keinen Zweck mehr. Darüber hinaus muß man aber auch geltend machen, daß Deutschland durch das Gutachten nicht nur seinen Rechtstitel des Reiches, sondern auch der privaten durch Industrieobligationen und dergleichen, anbietet, damit also Pfänder stellt, die weit über die bisherige Sicherung hinausgehen.

Von englischer und amerikanischer Seite hat man auf die deutschen Vertreter zehnwöchentlich versucht, mit dem Hinweis darauf, daß Herriot es durchaus möglich meint, daß er aber parlamentarischer gehalten werden müsse und, daß infolgedessen die Deutschen zustimmen sollten. Im übrigen ließe sich ja auch die Gesetzgebung verziehen, wenn Deutschland politisch und wirtschaftlich mit Frankreich in nähere Fühlung läme. Herriot hat des weiteren erklären lassen, daß er auch in der Frage der Eisenbahner Deutsches und entgegenkommen wolle, daß ferner die Aufsicht mit dem Tage des Inkrafttretens des Gutachtens eintreten soll, so daß die einjährige Frist auch weiterhin um etwa 4 bis 6 Wochen sich verringere und dergleichen mehr.

Das alles hindert nicht daran, daß eine rechts- und verfassungswidrige Handlung gesordert wird, der wir zustimmen sollen. Und nichts kann den Gegenstand der Auffassungen der Gegenwart ein den untrüglichen Charakterisieren, als die Tatsache, als daß nun Engländer und Amerikaner sich für die deutsche Zustimmung zu einer solchen Rechts- und Verfassungswidrigkeit einsetzen. Der Druck auf Deutschland ist ziemlich schroff und ultimativ erfolgt, wobei es ein müßiger Streit ist, ob ein Ultimatum im wörtlichen Sinne an Deutschland ergangen ist. Man hat jedwede